

Aus dem Lande stammende Deutsche

- Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft -

Extra - Blatt zur Bundestagswahl 2017

Jahrgang 2016 - Sonderausgabe - Verlagsort: Postfach 2, 06680 Teuchern - eMail: info@autochthone.org - http://www.autochthone.org/

Der Worte sind genug gewechselt. Laßt mich auch endlich Taten sehn!

J. W. von Goethe, „Faust I“

Aus dem Lande stammende Deutsche

- Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft -

Wir, aus dem Lande stammende Deutsche, fordern
die Einlösung der eindeutigen gesetzlichen Verpflichtung aus Grundgesetz Art. 146,
die mit Einverständnis der Alliierten dem Deutschen Volk zugesagt worden ist.

Grundlagen sind:

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in der Fassung, wie diese am 22. Juli 1913 in Kraft getreten ist.
Die Verfassung des Deutschen Reiches („Weimarer Verfassung“), wie diese am 11. August 1919 (Reichsgesetzblatt 1919, Seite 1383) in Kraft getreten ist.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, wie diese am 23. Mai 1949 im Bundesgesetzblatt Nr. 1 in Bonn veröffentlicht wurde - **Art. 146.**

Leitlinien:

Alle Menschen haben das Recht, auf dieser unser aller Welt, zu leben.

Dieses Recht beinhaltet jedoch nicht, daß alle Menschen an einem bestimmten Ort, in einem bestimmten Land oder in einem bestimmten Staat leben dürfen.

- Menschen, die an einem Ort, in einem Land oder in einem Staat bereits leben, haben gemäß den Naturgesetzen das Recht, zu bestimmen, wer mit ihnen an einem Ort, in einem Land oder Staat leben darf.
- Dieses Selbstbestimmungsrecht mit Begriffen wie „Fremdenhaß“ oder „rechtsextrem“ zu belegen, ist vorsätzlich und schamlos verlogen, rein politisch motiviertes Kalkül, in übelster Weise diffamierend und beleidigend und erfüllt bereits den Straftatbestand der Volksverhetzung.
- Jedes Lebewesen auf dieser Welt besitzt ein Selbsterhaltungsrecht und verteidigt seinen Lebensraum für sich und seine Nachkommen.

Geschichte:

70 Jahre nach Kriegsende steht die Bundesrepublik Deutschland vor einer Zerreißprobe, weil Regierungsmitglieder ihre **mit Eid** übernommenen Verpflichtungen, dem obersten Souverän, dem Deutschen Volk, gegenüber nicht einhalten. Sie übertreten Gesetze und sind somit auch für in unser Land eindringende Flüchtlingsströme verantwortlich.

Passiver Widerstand mit Inkaufnahme von Gesetzesübertretungen ist ein falscher Weg.

Unser Aufruf:

Bei kommenden Wahlen mit dem Stimmzettel unseren Gesetzen,
wie oben aufgeführt, wieder Geltung verschaffen!

Heute für morgen handeln!

Sie haben zwei Stimmen

hier 1 Stimme

hier 1 Stimme

XX	Aus dem Lande stammende Deutsche	<input checked="" type="checkbox"/>
----	-------------------------------------	-------------------------------------

<input checked="" type="checkbox"/>	Aus dem Lande stammende Deutsche	XX
-------------------------------------	-------------------------------------	----

Aus dem Lande selbst stammende Deutsche

- Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft -

Beitrittserklärung

Ich beantrage die Aufnahme in die Partei

„Aus dem Lande selbst stammende Deutsche“ - Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft -

Vorname: Name:

.....
Geburtsort und Geburtstag
(mit Provinz oder Land) Staatsangehörigkeit

PLZ/Wohnort:

Straße/Haus-Nr.:

.....
Fernruf/Fax (mit Vorwahl): eMail:

Ich bin Deutscher - Nachkomme nach Vater und Mutter - gemäß dem Reichs-
und Staatsangehörigkeitsgesetz in der Fassung, wie dieses am 22. Juli 1913 in Kraft getreten ist.

Aufnahmegebühr: 3,- •
Monatsbeitrag: 3,- •

Ort:

Datum: Unterschrift:

Sie erhalten nach dem Beitritt zur Partei „Aus dem Lande selbst stammende Deutsche“

- Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft - sowie auf Wunsch Satzung mit Programm

Bundesgeschäftsstelle: **Autochthone**

Postfach 2, 06682 Teuchern, Ruf: 034443 / 62663, Fax: 034443 / 20527

Konto: Sparkasse Burgenlandkreis IBAN DE 12 8005 30001 131024571

Kontoinhaber: Aus dem Lande stammende Deutsche BIC NOLADE21 BLK

Aus dem Lande selbst stammende Deutsche

- Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft -

Bereitschaftserklärung

Ich erkläre mich bereit, die Partei

„Aus dem Lande selbst stammende Deutsche“ - Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft -

nach meinen Kräften zu unterstützen:

Vorname: Name:

.....
Geburtsort und Geburtstag
(mit Provinz oder Land) Staatsangehörigkeit

PLZ/Wohnort:

Straße/Haus-Nr.:

.....
Fernruf/Fax (mit Vorwahl): eMail:

Ich biete meine Unterstützung an:
☐ Werbung für unsere Partei
„Aus dem Lande selbst stammende Deutsche“ - Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft.

☐ Beteiligung an Wahlvorbereitungen.

☐ Finanzielle Beteiligung an Aufbaukosten.

(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Ort:

Datum: Unterschrift:

Sie erhalten nach dem Beitritt zur Partei „Aus dem Lande selbst stammende Deutsche“

- Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft - sowie auf Wunsch Satzung mit Programm.

Bundesgeschäftsstelle: **Autochthone**

Postfach 2, 06682 Teuchern, Ruf: 034443 / 62663, Fax: 034443 / 20527

Konto: Sparkasse Burgenlandkreis IBAN DE 12 8005 30001 131024571

Kontoinhaber: Aus dem Lande stammende Deutsche BIC NOLADE21 BLK

Aus dem Lande stammende Deutsche

Parteisatzung

A. Allgemeiner Teil

§ 1 Name, Sitz, Tätigkeitsgebiet und Zweck:

(1) Die Partei trägt den Namen:

Aus dem Lande stammende Deutsche

Untertitel:

Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft

Die offizielle Kurzbezeichnung lautet: Autochthone

(2) Der Sitz der Partei ist Teuchern.

(3) Das Tätigkeitsgebiet der Partei „Aus dem Lande stammende Deutsche“ ist Deutschland.

(4) Die Partei hat den Zweck, deutsche Bürger zu organisieren, die mit redlicher und glaubwürdiger Politik allein am Bürgerinteresse ausgerichtet sind.

Ziele der Partei „Aus dem Lande stammende Deutsche“ sind insbesondere:

a) für die Freiheit Deutschlands in Frieden zu wirken,

b) die Freiheitsräume des Bürgers in verantwortungsbewußter Weise zu erhalten, sinnvoll zu erweitern, und zwar in voller Ausgewogenheit des Rechtsstaats- und des Sozialstaatsprinzips,

c) hoher Einsatz in der Umweltpolitik, Stärkung des Ökologiedankens und Natur- und Umweltschutz im engeren und weiteren Sinne,

d) Verwirklichung des innerparteilichen Demokratieprinzips sowie Ausübung einer Schutz- und Betreuungsfunktion gegenüber den Mitgliedern und deren Angehörigen nach bestem Vermögen. Die Partei bietet ihren Mitgliedern und Freunden eben einer politischen auch eine menschliche Heimat.

e) an Wahlen zu deutschen Parlamenten und zum Europa-Parlament mit eigenen Kandidaten teilzunehmen.

§ 2 Mitgliedschaft

(1) Mitglied der Aus dem Lande stammende Deutsche werden kann, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, sich für den Erhalt der Identität als Deutsches Volk bekennt und seine Staatsangehörigkeit gemäß dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in der Fassung wie dieses am 22. Juli 1913 in Kraft getreten ist nachweisen kann.

(1a) Parteianwärter kann jeder aus dem Lande stammende Deutsche werden, der das 15. Lebensjahr vollendet hat und die notwendigen Voraussetzungen gemäß § 2 (1) erfüllt.

(2) Der Aufnahmeantrag ist beim Vorstand der Partei „Aus dem Lande stammende Deutsche“ zu stellen. Die Ablehnung eines Aufnahmeantrages braucht nicht begründet zu werden.

(3) Funktionsträger haben unverzüglich ein polizeiliches Führungszeugnis beizubringen.

(4) Die Mitgliedschaft endet:

a) durch den Tod,

b) durch Austritt, der schriftlich gegenüber dem Vorstand der Partei „Aus dem Lande stammende Deutsche“ zu erklären ist,

c) durch Ausschluß aufgrund einer Entscheidung des nach der Schiedsordnung zuständigen Schiedsgerichts bei parteischädigendem oder sonstigem satzungswidrigem Verhalten. Die Einzelheiten zum Ausschlußverfahren sind in der Schiedsgerichtsordnung enthalten. Mit dem Ende der Mitgliedschaft erlischt jeder Rechtsanspruch gegen die Partei „Aus dem Lande stammende Deutsche“.

(5) Mitglied kann nicht werden oder sein,

a) wer nicht aus einem deutschen Lande stammt,

b) einer anderen Partei angehört, deren politische Aussagen mit dem Programm der Partei „Aus dem Lande stammende Deutsche“ nicht vereinbar ist,

c) das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in seiner ursprünglichen Fassung ablehnt oder einer terroristischen Organisation oder Gruppe angehört oder diese unterstützt oder Gewalt gegen Personen oder Sachen befürwortet oder ausübt,

d) infolge eines Richterspruchs die Wählbarkeit oder das Wahlrecht verloren hat.

(Beschlissen von der Gründungsversammlung in 06682 Teuchern am 16. Januar 2016.)

Komplette Parteisatzung bitte anfordern:

Impressum - Herausgeber und Verlagsort: Aus dem Lande stammende Deutsche - Autochthone, Postfach 2, 06680 Teuchern
Schriftleitung: Postfach 2, 06680 Teuchern, Gesamtverantwortung i.S.d.P. Horst Erwin Zaborowski.

Die politischen Extremisten der Mitte

von Erwin Arlt

Alle Politiker der Mitte, alle sogenannten Volksparteien, drängeln sich zur sogenannten Mitte des politischen Spektrums.

Diese abgehobene „Zivilgesellschaft“ glaubt sich so stark im Recht, nur ihre politische Zielsetzung sei richtig und gut, weil es - wie „Mutti“ Merkel es immer wieder betont - alles andere „alternativlos“ sei. Diese politischen „Extremisten der Mitte“ gehen sogar soweit, daß nur sie sich erlauben können, andere - ihre politischen Gegner drauflos zu diskriminieren, sie wahlweise als „Pack, Mob oder als Dumpfbacken, ja als Dunkeldeutschland und Nazis“ zu bezeichnen.

Sie setzen sich also über ihre eigenen Gesetze hinweg und gleichzeitig diktieren sie, welche Begriffe angeblich eine Diskriminierung darstellen, wie z.B. daß ein Schwarzer nicht mehr als „Neger“ bezeichnet werden dürfe, usw.

Dabei ist ihre arrogante Überheblichkeit eindeutig „Volksverhetzung“ und natürlich entsprechend zu bestrafen.

Auch muß festgestellt werden, daß diese „Extremisten der Mitte“ diese extreme Politik betreiben und das seit Jahrzehnten, besonders mit allen Fragen, die mit EU, EURO und dergleichen zu tun haben.

Es ist doch eine eindeutig und absolut extremistische Politik und dies alles ohne Volksabstimmung, einfach die Währungshoheit eines Landes preiszugeben, für die EU-Einheitswährung. Das Gleiche gilt für die stetige Vernichtung der eigenen Souveränität und der der anderen europäischen Staaten.

Die ganze diktatorisch-extremistische Politik, die zur Einstampfung der europäischen Staaten und Völker führt und die durch weltweite sog. Völkerwanderung mit dem Ziel der Vernichtung führt, ist doch extremistische Politik in Reinkultur.

Und da erwarten diese „Extremisten der Mitte“, daß alle Völker, Länder und Staaten in Europa das alles brav abnicken!

Um dem allem Nachdruck zu verleihen, wird bei der BRD stets mit der Erwähnung des Holocaust und sonstiger angeblicher Alleinkriegsschuld an beiden Weltkriegen, die nötige Zustimmung dann erzwungen.

Die Abnickerkammern Bundestag und Bundesrat sind exemplarische Beispiele dafür.

Nun hat man aber seit etwa einem halben Jahr für Deutschland und Europa die „Flüchtlings-Völkerwanderung“ entdeckt, um gewissermaßen in einer „tabula-rasa-Aktion, die „Sache“ in die „richtige“ Richtung zu lenken, indem man die europäischen Völker mit jungen Männern aus aller Welt und allen Etnien, biologisch bewußt kaputt macht.

Die jungen Syrer z.B. flüchten aus ihrem Land nach Deutschland und Europa und die Deutschen werden nach Syrien zum Kampf gegen den IS geschickt!

Da müssen natürlich auch Bischöfe und Kardinäle das Ihre leisten, um mit der weihnachtlichen Herbergssuche,

die Millionen-Völkerwanderung auch in evangelischen und katholischen Kreisen abzusichern.

Schon spricht der Erzbischof Dr. Lackner davon, daß wir den „Herbergssuchenden“ natürlich ein neues Heimatrecht quasi zu schenken haben und uns dabei gefälligst bescheiden selbst zurückzunehmen.

Das sind die Extremisten, die sich alle in der politischen Mitte tummeln und diesen Pseudo-Humanismus in den Massenmedien verbreiten und die Menschen verunsichern.

Alleine die Millionenanzahl von Zivilokkupanten, die sich aus Afrika und aus den Kriegsgebieten der Welt nach Europa auf den Weg machen, müßten den besoffenen „Refugees welcome-Schreiern“ und den „extremisten der Mitte“ doch die Augen öffnen!

Für sie alle soll das dicht besiedelte Europa eine neue „Heimat“ zur Verfügung stellen! Das bekannte „induzierte Irresein“ wird hier auf die Spitze getrieben und alle Probleme dieser Flüchtler-Länder und Staaten werden in die europäischen Länder verlagert!

Diese „politischen Extremisten der Mitte“ haben ganz sicher Auftrag, die Welt mit dieser Unordnung in eine gewisse Richtung zu lenken.

Die Kriegerklärung an die freien Völker Europas, hat ja der bekannte Hochgradfreimaurer Graf Coudenhove-Kalergi schon 1925 vorausgesagt und angestrebt.

Daß nun keiner das als Verschwörungstheorie abtun kann, weil es schon 1925 gesagt wurde, erneuerte und triumphierte die jüngere Verwandte von Coudenhove-Kalergi in der Presse:

„Europa bekommt ein neues Gesicht, ob es den Alteingesessenen paßt oder nicht!

Wir leben in einer Ära der Völkerwanderung. Sie hat eben erst begonnen und sie wird mit Sicherheit noch lange nicht zu Ende sein.“

Sie wollen also mit aller Macht mit den „Flüchtlings-Millionen“ und all' den anderen verfassungswidrigen Maßnahmen und Operationen die Völker und Länder gewaltsam teilauflösen, sie also sturmreif schießen, um sie in der ersten Stufe in die EU einzustampfen.

Wir sagen und halten kräftig dagegen, daß wir weder in der EU uns einstampfen lassen wollen, noch als Deutschland uns selbst abschaffen wollen!

Wir haben auch nicht den Ehrgeiz, uns in der Globalisierung „zu bewähren“, sondern wir haben sie für die Völker und Länder als schädlich erkannt und damit bekämpfen wir diese schädliche und US-affine Politik, die auch alle sogen. „Freihandelsabkommen“ betrifft, wo immer wir können.

Wir setzen uns ein für Europas Einheit in Vielfalt, deshalb treten wir auch für eine an Haupt und Gliedern reformierte EU ein. Andernfalls werden die Völker und Länder Europas in den Niedergang gedrängt werden. Wenn wir europäischen Patrioten alle zusammen es nicht schaffen, das Ruder herumzureißen, wird Deutschland und werden die anderen europäischen Länder einen ge-

schichtlichen Niedergang erleben, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat.

Damit wäre das Totenglöcklein für Deutschland und Europa eingeläutet.

Aber es gibt Hoffnung, daß die Menschen die tödliche Gefahr erkennen und noch ist „Polen“, und noch sind Europa und seine Vaterländer nicht verloren.

Die nächsten Jahre sind nicht nur entscheidend, weil Wahlen anstehen, sondern weil sich entscheidet, ob Europa seine Souveränität und Selbstbestimmung wieder selbst in die Hand nimmt und die US-Abhängigkeit beendet.

Dazu sind natürlich in den Parlamenten die national-freiheitlichen Parteien und Gruppierungen zu stärken und dazu gehört auch eine rußlandfreundliche Politik. All' das geht natürlich mit den „Extremisten der Mitte“ nicht, die immer noch vergangenheitsbezogen argumentieren. Sie müssen abgewählt werden oder zumindest in die zweite Reihe treten. Alle politischen Bestrebungen müssen in diese Richtung entwickelt werden, **damit wir ein „Europa der Vaterländer“ aufbauen können.**

Ausländer-Integration ist heute Völkermord

von Erwin Arlt

Die heilige Kuh, die offenen Grenzen in Europa und keine Kontrolle innerhalb der EU und obendrein auch kein Geldumtausch, das wären ja die Voraussetzungen dafür gewesen, daß alle Länder, Völker und Staaten in Europa, ein gleiches Maß an Kultur und Rechtsbewußtsein haben, wie sagen wir die beiden deutschen Staaten, Deutschland und Österreich.

Schon da aber setzt man ja voraus, daß die Menschen sich einfach zur Begegnung freundschaftlich treffen und wieder in ihr eigenes Vaterland zurückreisen. Solche aber, die sich innerhalb des europäischen Kulturkreises, in einem anderen EU-Land niederlassen wollen, natürlich die amtlichen Gepflogenheiten und Wege gehen müssen, die eben in dem jeweiligen Aufnahmeland gelten und üblich sind. Aber schon hier hakt es ja gewaltig, weil selbst die europäischen Völker viel zu verschieden sind, um alle gleich zu empfinden und gleiche Standards zu akzeptieren; das macht ja auch den Reichtum unseres Kontinents aus.

Unsere deutschen Politiker der 70er und 80er Jahre hatten ja zum großen Teil noch ein Wissen und Volksbewußtsein, das ja auch notwendig war, wenn man „Gastarbeiter“ ins Land holt, die eben nur das Recht haben, auf Zeit in einem fremden Land zu bleiben, um sagen wir nach zwei bis drei Jahren wieder zu ihren Landsleuten und Familien zurückzukehren, was ja schon das Wort „Gastarbeiter“ oder auch „Fremdarbeiter“ besagt. Nehmen wir ein Beispiel aus den Niederlanden.

Die Holländer wurden jäh aus ihrem Toleranzfrieden mit den Einwanderern in den 1980er Jahren geweckt, als der **Mord an Theo van Gogh** geschah.

Mit sieben Schüssen und Durchschneiden der Kehle und Stichen in Brust und Bauch, wurde hier ein Ritual-Mord zelebriert, der so auch in Holland nicht üblich war und

deshalb auch im Strafgesetz nicht so erwähnt wurde; zumal er durch Ankündigung des Mordes an einem Bild van Goghs symbolisch schon vorher vollzogen wurde. Jetzt erst war die Diskussion über Einwanderung, Gastarbeiter, Überfremdung durch Masseneinwanderung langsam in Gang gekommen und da ging es ja schon an mit den Denkverboten und kritischen Äußerungen über Fremdarbeiter oder Gastarbeiter, die auch dort schon strafrechtlich und disziplinarisch verfolgt wurden!

Die wichtigsten Tatsachen, die durch den Mord an Theo van Gogh ins Bewußtsein gerufen wurden, war eben die, daß schon damals in den 80ern 50% der unter 18jährigen Einwohnern Hollands keine Holländer mehr waren.

Wenn also - so hieß es - sich an der Bevölkerungsstruktur nichts ändert, ist der Teil der „angestammten“ Bevölkerung Hollands bereits in der Minderheit!

Wenn man dann eben noch dazu berücksichtigt, daß der Prozentsatz der Ausländer an der Gesamtbevölkerung erst 18% beträgt, dann ist der Unterschied im Fortpflanzungsverhalten zwischen einheimischen Holländern und Zugewanderten, nicht nur aus Europa oder der EU, sondern vor allem aus Afrika und anderen Kontinenten, klar definiert und es ist abzusehen, daß die Holländer im eigenen Land sehr bald zu einer unbedeutenden, untergeordneten Minderheit werden.

Heute wissen wir,

daß das bewußt gefördert und gewollt ist!!!

Die Rassisten mit umgekehrten Vorzeichen sagen sogar, daß der zweite wichtige Vorwurf, der ihnen vorgehalten wird - nämlich die höhere Kriminalitätsrate, also die Verbrechensrate, der Preis dieser „offenen Gesellschaft“ sei!

Keiner hat jedoch die autochthonen Niederländer gefragt, ob sie das alles so wollten!

Demokratie, Toleranz, wie diese linksgrünen Volksvernichter-Schlagworte alle heißen, einfach Fehlanzeige!

Wie aber sah es und sieht es in der BRD und der BRÖ aus? Die Bevölkerungsstatistik unterscheidet sich nur unwesentlich von der niederländischen. Auch Deutschland und Österreich wird, wie wir wissen, absichtlich von den Regierenden und Lizenzparteien überfremdet und überall in den Großstädten haben wir schon Parallelgesellschaften und multikriminelle Stadtviertel, die die Polizei nur mehr mit Hundertschaften betritt und deutsche Bürger im eigenen Land von jugendlichen Verbrecherbanden aus Afrika und Asien, aber auch aus osteuropäischen Staaten beraubt, bestohlen und niedergeschlagen werden - siehe U-Bahnen und S-Bahnen, Kaufhäuser und Supermärkte!

Natürlich greifen auch hier bei diesen ausländischen Straßenbanden, wie auch in neuester Zeit der sexsüchtigen ausländischen männlichen Verbrecherbanden in Großstädten, Bahnhöfen und Asylantenlagern, die deutschen und europäischen Strafbestimmungen nicht, weil es die natürlich entsprechend damals noch nicht gegeben hat.

Das alles hat der durchaus Wissende und Bundeskanzler Helmut Schmidt und andere Politiker aus SPD und CDU/CSU angeprangert, wenngleich sie sich in ihren (den falschen) Parteien, nicht richtig durchsetzen konnten.

Helmut Schmidt sagte

z.B. am 24. November 2004:

„Es war ein Fehler, Gastarbeiter ins Land zu holen“
und weiter:

„Ghettos in den Großstädten sind aufzulösen!“

Wenn es also schon damals ein Fehler war und es war einer, warum hat man dann die falsche Politik nicht abgestellt. Natürlich weil die Spitzenpolitiker sich alle in Abhängigkeiten begeben haben; die einen durch die Freimaurer, die anderen durch die USA!

Da hören sie natürlich 2016 nichts mehr von den Genossen von der roten Feldpostnummer oder den grünlinken Hohepriestern der Umvolkung der europäischen Länder.

Das post-68er Deutschland mit seiner Umvolkungs-Ideologie und ihrer „political correctness“ sind solche Überlegungen nicht nur völlig fremd, sondern sie entblöden sich auch nicht, bei Zuwiderhandlungen auch Strafbestimmungen zu schaffen (Freiheit-Demokratie!) Auch Helmut Schmidt käme heute hier unter die Räder seiner Genossen!

**Jetzt aber wollen wir nach Darstellung der Lage,
darüber sprechen, warum Ausländer-Integration
heute Völkermord gleichkommt.**

Es versteht sich ja fast von selbst, daß die von den Regierenden ohne Rücksicht auf die autochthonen (= griech. Aus dem Lande stammenden) Deutschen oder Österreicher, also wo beide Teile ethnisch deutsch sind, diese gesteuerte Masseneinwanderung wollen.

Wir wissen, daß sie es nach zahlreichen Umfragen, eben nicht wollen! Aber die regierenden Politiker tun genau das Gegenteil, nämlich sie betreiben die sog. „Integration“, also die vollständige Eingliederung und letztlich Assimilierung.

In vielen Fällen passiert das sogar gegen den Willen der Asylanten. Diese sind im übrigen nur solange zu dulden, als die Gefahren in ihrem Land, also der Krieg oder die politische Verfolgung anhalten. Wobei die jungen Asylanten sich ja auch vom Wehrdienst im eigenen Land drücken!

Sie fliehen und wollen nach Deutschland (was ja als Asylant gar nicht erlaubt ist, sich ein bestimmtes Land auszusuchen!) und die Deutschen kämpfen in Syrien gegen den IS!!!

Daß sie sich nicht zu Tode schämen!

Wir Deutschen haben das nach dem sechsjährigen Ringen im 2. Weltkrieg genau umgekehrt und deshalb richtig gemacht. Wir haben angepackt, zusammen geholfen, jung und alt, um unser Vaterland wieder aufzubauen und das unter schwersten Umständen und großteils hungernd!

Diese Masseneinwanderung die alles überrennt, was sich ihr in den Weg stellt, hat für die BRD eine Ausländerzahl von etwa 20 Millionen fremder Menschen gebracht!

Sie müssen bis auf die, die einer steuer- und versicherungspflichtigen Arbeit nachgehen, vom deutschen Steuerzahler bezahlt werden.

Ein Großteil hat den Trick, Hartz 4 oder Sozialhilfe zu bekommen, sehr schnell gelernt; denn deutsche Behörden sind, wie auch die Polizei, angewiesen, Ausländer zu bevorzugen!

Aber was ist diese ganze Volksvernichtungspolitik anderes, als eben Völkermord!

Die Politiker wissen genau, daß die europäischen Völker eine niedrigere Geburtenrate haben, als die jungen afrikanischen und geburtenfreundlicheren anderen Ausländer. Natürlich wissen alle deutschen und europäischen Politiker bei dieser Michmädchenrechnung, wann dann das eigene Volk ausstirbt. Das aber stört sie überhaupt nicht!

Und was sagt dazu unser deutsches Strafrecht?

§ 220 a Völkermord:

Wer also die Absicht hat, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören, wird mit Gefängnis von fünf Jahren bis lebenslang bestraft.

Sie sehen, das Recht ist da und auf unserer Seite, es muß nur angewandt werden.

Die Schwierigkeit dabei ist, daß sich Richter und Staatsanwälte finden müssen, die sich trauen, die Politiker der Systemparteien reihenweise anzuklagen!

Denn was ist es denn anderes als Völkermord, wenn Frau Merkel alle Wirtschaftsflüchtlinge passieren läßt und alle Grenzen offen hält!

Frau Merkel sagte schon 2011: „Wir müssen akzeptieren, daß die Zahl der Straftaten z.B. bei jugendlichen Migranten besonders hoch ist.“

Ach ja Frau Merkel, ...wir müssen das akzeptieren, also wir müssen uns nach den Zivilokkupanten richten. Da sollten wir auch ganz schnell die Scharia einführen! **Da war aber Ihr SPD-Vorvorgänger ganz anderer Meinung!**

**Auszug aus: „Junge Freiheit“
Nr. 53 vom 25.12.2015**



In diesen Zusammenhang gehören die - von der Lügenpresse als „einmalige Entgleisung“ - tabuisierten ehrlichen Äußerungen Helmut Schmidts, die da lauten: „**Es ist ein Fehler gewesen, so viele Ausländer ins Land zu holen**“ (1981), „**Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze**“ (1982), „**Man kann aus Deutschland mit immerhin einer tausendjährigen Geschichte seit Otto 1. nicht nachträglich einen Schmelztiegel machen**“ (1992) oder „**Wenn das so weitergeht, gibt es Mord und Totschlag, denn es sind zu viele Ausländer bei uns**“ (1994) und schließlich: „**Wenn, dann muß ich für unser Vaterland schwarzsehen**“ (2006) - aber da feierten wir natürlich das Sommermärchen.

Schmidt war ein Mann mit Rückgrat - und heutzutage? Prosit Neujahr 2016!

• JÜRGEN FRICH, DESSAU-ROSSLAU

Aufruf

Sie haben jetzt gelesen, welch heimtückischer Völkermord an einem 85-Millionenvolk, an unserem eigenen Volk, und damit gleichzeitig an ganz Europa eingeleitet ist und letztlich zur vollen Durchführung kommt, wenn unser Volk nicht entsprechend aufgeklärt wird. Das gleiche gilt für alle anderen Völker Europas, die fremdvölkische Gruppen bei sich aufgenommen haben.

Der einfache Mann, die einfache Frau unseres Volkes, die die Überfremdung am schnellsten bemerken und ihr ablehnend gegenüberstehen, wagen bisher nicht, irgend etwas offen gegen diese Ausländerüberschwemmung zu sagen, weil sie befürchten, als Rassist, Faschist, Nazi usw. verschrien und womöglich noch wegen Volksverhetzung bestraft zu werden.

Befreien Sie diese Menschen von dieser Furcht, indem Sie ihnen diese Schrift in die Hand geben, in der ja nachgewiesen wird, daß die Integrationspolitiker es sind, die gegen ihre eigenen Strafgesetze verstoßen - der § 220 a (Völkermord) unterliegt keiner Verjährung - und daß das Volk, das mit Recht eine Überfremdung ablehnt und die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken will, den richtigen Standpunkt vertritt; denn wir wollen ganz im Einklang mit unseren Gesetzen die Erhaltung der Identität der einzelnen Ausländergruppen und dies ist letztlich nur in deren Heimat möglich.

Mit Recht demonstrierten am 10. 5. 1980 Tausende von Griechen in Stuttgart gegen die Zwangsintegration, und die Konsuln mehrerer Länder, aus denen Gastarbeiter nach Deutschland kommen, haben im Februar 1980 beim baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth gegen eine Politik der vollen Integration protestiert. Für den Fall, daß die Landesregierung auf der Politik einer vollen Eingliederung bestehe, kündigten sie sogar völkerrechtliche Schwierigkeiten an.

Wir haben als Volk keinerlei Verpflichtung gegenüber den Ausländern, denn diese sind alle freiwillig wegen des guten Verdienstes gekommen, niemand hat sie dazu gezwungen!

Nicht diejenigen, die eine Überfremdung unseres Landes ablehnen, sind Faschisten, sondern diejenigen, die eine solche Einschmelzungspolitik betreiben, wie sie die Faschisten unter Mussolini mit den deutschen und ladinischen Bewohnern Südtirols trieben!

Geben Sie diese Schrift Ihren Abgeordneten, Ihren Gemeinderäten, Ihrem Bürgermeister usw., damit auch von dieser Seite eine Änderung der Ausländerpolitik verlangt wird.

Ein Abgeordneter äußerte sich z.B. dahin, er könne nur dann politisch im Sinne der Erhaltung unseres Volkes aktiv werden, wenn seine Wähler dies mehrheitlich und nachdrücklich verlangten. Doch davon sei bisher nichts zu spüren.

Der Druck muß also von der Basis kommen, wie man sagt!

Sagen Sie nicht, wir seien eine zu geringe Zahl, um hier eine Änderung durchzuführen - denken Sie an die Worte Lenins:

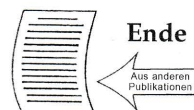
„Hätte es 1917 in Petersburg nur ein paar Tausend Leute gegeben, die wirklich gewußt hätten, was sie wollten, so hätten wir in Rußland niemals die Gewalt übernehmen können.“

Seien Sie sich darüber im klaren, daß, wenn ein paar Hundert oder ein paar Tausend Leute von uns wissen, was sie wollen, die Aufklärung den entsprechenden Erfolg hat!

**Es geht um unsere Zukunft,
um die Zukunft unserer Kinder!**

Wer nicht wünscht, daß seine Nachkommen in einem eurasidische-groide Völkergemisch zugrunde gehen, der wird sich für eine entsprechende Aufklärung einsetzen! Wenn jeder von uns nach seinen Kräften diese Aufklärungsschrift verbreitet und seine Mitmenschen dazu anregt, dann können wir diesem Völkermord wirksam entgegentreten; im anderen Falle müssen wir uns eines Tages bittere Vorwürfe machen, daß wir nicht alles getan haben, um unser Volk vor dem Untergang zu retten.

(Aus einem Aufruf von Wolfgang Seeger in seiner kleinen Schrift aus dem Lühe-Verlag mit gleichem Titel, wie dieser Artikel.)



Und das besagt das Strafgesetzbuch (StGB) der Bundesrepublik Deutschland

§ 220 a Völkermord (1) Wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören,

- 1. Mitglieder der Gruppe tötet,**
- 2. Mitgliedern der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 224 bezeichneten Art, zufügt,**
- 3. die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, deren körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,**
- 4. Maßregeln verhängt, die Geburten innerhalb der Gruppe verhindern sollen,**
- 5. Kinder der Gruppe in eine andere Gruppe gewaltsam überführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.**

(2) In minder schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 bis 5 ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren.

Wir sind das Volk - Das deutsche Volk

Wir lieben unsere Heimat Deutschland

Keine Gewalt - Unsere „Waffe“ ist der Stimmzettel

Flüchtlinge sind durch Flüchtlingskonventionen geschützt. Aufnahme für die Bundesrepublik Deutschland maximal 200 000. Aufnahmen darüber bedeuten Völkermord.

Emigranten können von Staaten freiwillig aufgenommen werden.

Wenn ein Machthaber im Frieden ein fremdes Volk oder mehrere oder wahllos große Massen Fremder in das von ihm regierte Land hereinlockt, um die angestammte Bevölkerung zu ersetzen, ist das Völkermord und Angriffskrieg gegen das eigene Volk.

Ein Krieg braucht nicht mit Schußwaffen geführt zu werden, im Gegenteil, wie von Clausewitz sagt, „möchte der Angreifer am liebsten kampflos einmarschieren“. Es ist also nicht derjenige Angreifer, der den ersten Schuß abgibt, sondern dies tut eher der Verteidiger.

Eine völlige Abschottung gegen den Zuzug Fremder ist unvernünftig. Er sollte sinnvollerweise durch Auswahl unter den Einwanderungswilligen nach Eignung, Leistung und Bedarf nach den Vorstellungen des Aufnahmestaates geschehen.

Eine Integration ist nur möglich, wenn das Zahlenverhältnis von Aufnehmenden (Integranden) zu Aufzunehmenden (Integranden) größer ist als etwa 20 zu 1, denn bei jedem Zusammensein mit anderen geht von ihnen ein an ihr Wesen angleichender Einfluß aus, dem man sich nur durch räumliche Trennung entziehen kann. Damit also die deutsche Leitkultur bei der Integration obsiegt, müssen immer > 20 deutsche Leitkulturträger für einen Fremdkulturträger bereitstehen, damit er weiß, an wen er sich anpassen muß. Andernfalls erfolgt eine Integration Deutscher in die Fremdkultur.

Die Vorstellungen der Vereinten Nationen (UNO), s. Leserbrief, sind richtig und sollten beachtet werden. Aus ihnen ergibt sich bei z.Zt. 20 Mio. Flüchtlingen und 7,4 Milliarden Weltbevölkerung eine Aufnahmeobergrenze i.H.v. 0,25 % der einheimischen Bevölkerung jedes UNO-Mitglieds, für die BRD, also einmalig 200.000.

Letztmögliche Entscheidung in unserem Leben

Bundestagswahl 2017

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:

Aus dem Lande stammende Deutsche

Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft

06680 Teuchern, Postfach 2, Ruf: 034443-62641, Fax: 20527, info@autochthone.org <http://www.autochthone.org/>

An die Geschäftsstelle

„Aus dem Lande stammende Deutsche“

- Autochthone -

Postfach 2

06680 Teuchern

Bitte liefern Sie Bausteine zur Freiheit.

Ich/wir fordere(n) dieses Flugblatt an.

..... Stück

Ich/wir fordere(n) Info-Material an.

..... Stück

Ich/wir fordere(n) Programme der Partei

„Aus dem Lande stammende Deutsche“

- Gesamtdeutsche Wählergemeinschaft - an.

..... Stück

.....
Vorname / Name

PLZ, Ort, Straße, Hausnummer

Unterschrift